

Mehrsprachige Info-Plakate über häusliche sowie partnerschaftliche Gewalt

Eingebracht vom Ausschuss A2 über den Erweiterten Vorstand

Antrag Nr. 22-23-26
Vollversammlung vom 27.11.2023

I. Antrag:

Der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München möge beschließen:

Die Landeshauptstadt München wird gebeten

- alle Info-Plakate über häusliche sowie partnerschaftliche Gewalt, die auch die wesentlichen Informationen über Hilfsmöglichkeiten (Telefonnummern, Webseiten, etc.) enthalten, auf Deutsch und mindestens einer weiteren Sprache, also als mehrsprachige Plakate, zu erstellen;
- diese Plakate zusätzlich um Schlagworte (beispielsweise „Frauen*notruf“) auf möglichst vielen verschiedenen Sprachen zu ergänzen, welche die Aufmerksamkeit von betroffenen Personen auf den Inhalt des Plakats lenken;
- dass solche multilingualen Plakate für jede der verschiedenen Organisationen und/oder Gruppen, die sich gegen häusliche sowie partnerschaftliche Gewalt engagieren, erstellt werden;
- die Anzahl aller mehrsprachigen Plakate gegen häusliche sowie partnerschaftliche Gewalt zu erhöhen, insbesondere an verkehrsreichen Orten wie U- und S-Bahnstationen, Bus- und Straßenbahnhaltestellen, Bahnhöfen und Einkaufszentren.

II. Begründung:

Häusliche und partnerschaftliche Gewalt ist ein Phänomen, das alle Nationalitäten betrifft. In München gibt es viele Organisationen und Gruppen, die sich für die Opfer einsetzen und die Bürger*innen durch Plakate in öffentlichen Verkehrsmitteln und an verschiedenen Orten in der Stadt informieren. Diese Informationen sind hauptsächlich auf Deutsch, was zur Folge hat, dass viele Migrant*innen, die die Sprache nicht beherrschen, sie nicht verstehen oder sie nicht wahrnehmen.

Die Expert*innengruppe GREVIO weist darauf hin (Anlage 1, siehe Abs. 3, 3.3.2), dass bestimmte Gruppen wie z.B. Migrantinnen oder Asylbewerberinnen mit besonderen Hindernissen konfrontiert sind. Um die Zugänglichkeit staatlicher Angebote für diese Gruppen zu erlauben, ist es notwendig, sie direkt in ihrer Muttersprache anzusprechen.

Anlage 1:

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Weitere_Publikationen/20230831_Datenbericht_gG.pdf

Anlage 2:

<http://www.assembly.coe.int/LifeRay/EGA/WomenFFViolence/2019/2019-HandbookIstanbulConvention-DE.pdf>

III. Beschluss nach Antrag

Der Antrag wird in der Gesamtabstimmung einstimmig beschlossen mit nachfolgender Änderung:

Der Begriff „häusliche sowie partnerschaftliche Gewalt“ wird im Antragstitel, unter I. Antrag sowie II. Begründung durchgehend durch „geschlechtsspezifische sowie häusliche Gewalt“ ersetzt.

gez.
Dimitrina Lang
Vorsitzende

gez.
Lara Galli
1. Stellvertretende Vorsitzende

gez.
Arif Abdullah Haidary
2. Stellvertretender Vorsitzender